

Türkei

Günter Seufert

Am 7. Oktober 2014 erließ die türkische Regierung in sechs Provinzen eine Ausgangssperre, die auf die nächsten vier Tage verlängert werden sollte. Betroffen waren Mardin, Van, Diyarbakir, Batman, Mus und Siirt, mehr als die Hälfte des überwiegend kurdisch besiedelten Gebiets der Türkei.¹ Nur einen Tag später wurde in einigen dieser Provinzen Militär zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung eingesetzt, und auch im Istanbuler Stadtteil Esenyurt übernahmen Soldaten diese Aufgabe der Polizei.² In jenen Tagen starben 35 Menschen bei gewalttätigen Demonstrationen meist junger Kurden, die sich in einigen Städten Schlachten mit islamistischen Gruppen lieferten. Die Kurden kritisierten die Türkei dafür, dass sie nichts zur Unterstützung kurdischer Guerillas unternahm, die in Syrien, direkt an der Grenze zur Türkei, die kurdisch besiedelte Stadt Kobane gegen den Angriff des ‚Islamischen Staats‘ verteidigten. Ankara nutze den ‚Islamischen Staat‘, so der Vorwurf, um die erst Ende 2013/Anfang 2014 etablierten autonomen kurdischen Kantone in Nordsyrien zu vernichten. Die Türkei zeige damit, dass sie nicht an einem Ausgleich mit den Kurden und an einer friedlichen Lösung der Kurdenfrage interessiert sei. Ausnahmezustand, Einsatz des Militärs im Inneren, blutige Zusammenstöße politischer Gruppen und Stillstand in der Kurdenfrage: Die Türkei scheint um Jahre zurückgeworfen. Wie kam es dazu?

Grandioses Scheitern der Außenpolitik

Die Rückschläge für die seit 2003 von der islamisch-konservativen Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) gestellten Regierungen, begannen in der Außenpolitik. Die Politik des früheren Ministerpräsidenten und heutigen Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdogan und seines damaligen Außenministers, der heutige Ministerpräsident, Ahmet Davutoglu, die Türkei als Regionalmacht im Nahen Osten zu etablieren, hat in ihrem Ergebnis zu einer gründlichen Isolierung der Türkei in der Region geführt. In drei bedeutenden Staaten des Nahen Ostens, in Israel, Ägypten und Syrien, hat die Türkei keinen Botschafter mehr. Erdogans Vergleich des israelischen Kriegs in Gaza mit der Politik Nazi-Deutschlands³ hat im Juni 2014 alle Versuche zunichte gemacht, die angespannten Beziehungen zwischen beiden Ländern zu verbessern. Kairo erklärte den türkischen Botschafter im November 2013 zur persona non grata, nachdem Erdogan dem Regime Abd al-Fattah as-Sisi jegliche Legitimität abgesprochen hatte, da es durch einen Staatsstreich an die Macht gekommen ist.⁴ Der Streit mit Kairo hat auch dazu geführt, dass sich die Beziehungen der Türkei mit

1 Tageszeitung Sabah Online, <http://www.sabah.com.tr/gundem/2014/10/07/sokaga-cikma-yasagi-ilan-edildi>.

2 Nachrichtenwebsite t24, <http://t24.com.tr/haber/diyarbakir-van-mardin-ve-batmanda-asker-sokakta,273136>, und Nachrichtenwebsite Diken, <http://www.diken.com.tr/asker-istanbulda-da-sokaga-indi-jandarma-birlikleri-esenyurt-meydaninda/>.

3 Nachrichtenwebsite Bloomberg, <http://www.bloomberg.com/news/2014-07-20/turkey-s-erdogan-compares-israel-gaza-offensive-to-hitler.html>.

Saudi Arabien abkühlen, das den Putsch des ägyptischen Militärs gegen die Regierung der Muslimbrüder aus Angst vor dem Einfluss der Organisation im eigenen Land finanziell großzügig unterstütze. Aber auch mit Riads Gegenspieler, dem Iran, liegt die Türkei über Kreuz, und zwar aufgrund gegensätzlicher Haltungen beider Länder zu Damaskus. Dessen Nachbar, der Irak, beschuldigt die Türkei, sie ermögliche den nordirakischen Kurden den Bagdads Meinung nach illegalen Export irakischen Erdöls.⁵

In der wenig erfolgreichen türkischen Außenpolitik der letzten Jahre kam in allen genannten bilateralen Verhältnissen ein Element besonders zum Tragen: die Fixierung auf die Unterstützung sunnitisch-muslimischer/islamistischer Akteure. Der Hauptgrund dafür liegt in der eigenen ideologischen Orientierung der Regierungspartei AKP und ihrer Wählerschaft. Die gezielte Verschlechterung des Verhältnisses zu Israel und die Unterstützung der palästinensischen Hamas sollten Erdogans Ansehen im sunnitisch-muslimischen Nahen Osten und bei den eigenen sunnitischen Wählergruppen stärken. Es war die Solidarisierung Erdogans mit der ägyptischen Muslimbruderschaft, die zum Bruch mit Ägypten und zur Abkühlung des Verhältnisses mit Riad führte. Auch im Irak arbeitete die Türkei auf eine Stärkung der Stellung sunnitischer Kräfte gegen die schiitische Regierung von Nuri al-Maliki hin,⁶ welche der Iran bis vor Kurzem bedingungslos unterstützt hat. Der arabische Umbruch schien anfänglich Erdogan in die Hände zu spielen, wurden doch nach einer anfänglichen von den säkularen Mittelschichten getragenen Phase sunnitisch-islamische/islamistische Kräfte zu den bestimmenden Akteuren. Das Scheitern dieser Akteure in Ägypten, in Syrien und in Gaza markierte das Scheitern der türkischen Außenpolitik, die auf ihre Stärkung gerichtet war.

Belastung der Beziehungen mit dem Westen

Die hitzige Diskussion, in der sich die Türkei im Oktober 2014 mit den USA, aber auch mit einer Reihe europäischer Länder, darunter der Bundesrepublik,⁷ über ihre Haltung zum ‚Islamischen Staat‘ gefangen sieht, zeigt, dass die Regierung der Türkei nach wie vor in diesen Parametern handelt. Staatspräsident Erdogan setzt den ‚Islamischen Staat‘ mit der *Arbeiterpartei Kurdistans* (PKK) gleich, mit der er selbst in Friedensverhandlungen eingetreten ist und die seit über 18 Monaten am Waffenstillstand festhält. Zur selben Zeit reicht sein Ministerpräsident Davutoglu beim Parlament eine Entschließung zur Entsendung türkischer Soldaten ins Ausland (und zur Stationierung ausländischer Soldaten in der Türkei) ein, die nicht primär auf den ‚Islamischen Staat‘, sondern auf die PKK und das Regime von Baschar al-Assad abzielt.⁸ Der darin zum Ausdruck kommende Unterschied in der Prioritätensetzung der USA und Europas auf der einen und der Türkei auf der anderen Seite birgt die Gefahr weiterer Verstimmung zwischen Ankara, Washington und Brüssel in sich.

4 Deutsch-Türkisches Journal Online, <http://dtj-online.de/putsch-in-aegypten-erdogan-guel-al-sisi-30950>.

5 Olga Okumus, *Erbil sends Oil, Ankara gets Trouble*, IAI-Working Paper 14, Rome 2014.

6 Al Jazeera Online, <http://www.aljazeera.com/indepth/opinion/2014/09/turkey-long-game-iraq-success-2014-939291192517.html>.

7 Tageszeitung Cumhuriyet Online, http://www.cumhuriyet.com.tr/haber/dunya/128623/Avrupa_dan_pes_pese_sert_elestiriler_Kobani_Turkiye_nin_hatasi.html und http://www.cumhuriyet.com.tr/haber/dunya/128542/AKP_ye_bir_ISiD_suclamasi_da_Merkel_den.html.

8 Frank Nordhausen in der Berliner Zeitung vom 8.10.2014.

Innermuslimischer Machtkampf und neue politische Konstellationen in der Innenpolitik

Anders als von vielen Beobachtern angenommen, wurde nicht die säkulare Opposition, die sich im Sommer 2013 in der Form von Demonstrationen rund um den Istanbuler Gezi-Park formiert hatte, zur größten innenpolitischen Herausforderung der Regierung, sondern ihre Auseinandersetzung mit der Bewegung des Predigers Fethullah Gülen. Der ehemalige Beamte der staatlichen Präsidioms für Religiöse Angelegenheiten (DIB) hatte bereits in den 1960er Jahren damit begonnen, Kinder religiös-konservativer Herkunft auf eine Karriere im Staatsdienst zu orientieren.⁹ Von Gülen's Anhängern betriebene Repetitorien und Privatgymnasien ebneten jungen Gefolgsleuten des Predigers den Weg in die türkische Bürokratie, primär die Polizei, sowie in die Justiz. Die Verfolgung Gülen's durch das Militär Ende der 1980er Jahre sollte wenige Jahre später zum politischen Schulterchluss seiner Gemeinde mit der 2002 gegründeten AKP führen. In den darauffolgenden Jahren trugen Anhänger Gülen's in Polizei und Justiz maßgeblich dazu bei, dass die Regierung Erdogan die politische Macht der Generäle begrenzen konnte. Als bald aber setzte ein Streit zwischen der Partei und der Gülen-Gemeinde ein. Letztere war mittlerweile zur größten zivilen Strömung im türkischen Islam geworden und verfügt über erheblich Finanzmittel sowie weit gespannte internationale Netzwerke. Ursache für die Auseinandersetzung zwischen Partei und Gemeinde waren sowohl die profane Konkurrenz um materielle Ressourcen wie Staatsaufträge und Posten in der Bürokratie als auch politische Differenzen, besonders hinsichtlich der Kurdenpolitik und des Verhältnisses zu Israel und den USA. Der Streit wurde im August 2010 öffentlich, als sich Gülen gegen die konfrontative Israelpolitik der Regierung erklärte. Er verschärfte sich im Februar 2012, als dem Prediger nahestehende Staatsanwälte den von Erdogan ins Amt gebrachten Geheimdienstchef für verdeckte Verhandlungen mit der PKK und der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung bezichtigten und festsetzen wollten. Die Auseinandersetzung eskalierte im Dezember 2013 mit der Veröffentlichung illegaler Mitschnitte von Telefongesprächen, die eine Reihe von Erdogans Ministern, ihn selbst und seinen Sohn als tief in Korruptionsaffären verstrickt erscheinen ließen. Die Regierung antwortete mit der Dienstversetzung von Polizisten in großem Stil, Interventionen in die Unabhängigkeit der Justiz und einer nationalistischen Kampagne, die Gülen und seine Anhänger als Agenten der USA und Israels darstellten und zu einer tiefen Kluft im konservativen Spektrum der Bevölkerung führten.¹⁰ Dass Kurdenpolitik und Korruption im Mittelpunkt des Streits standen, führte zur Bildung bislang für undenkbar gehaltener politischer Koalitionen. Die säkulare Republikanische Volkspartei (CHP) machte sich zum Anwalt der konservativen Korruptionsermittler und ging gegen die Regierung faktisch ein Wahlbündnis mit der rechtsextremen Partei der nationalistischen Bewegung (MHP) ein, die die Aufnahme von Verhandlungen mit der PKK kritisierte. Auf der anderen Seite näherte sich die der PKK nahestehende *Friedens- und Demokratie-Partei* (BDP) der AKP-Regierung an.

9 Vgl. dazu Günter Seufert: Überdehnt sich die Bewegung von Fethullah Gülen? Eine türkische Religionsgemeinschaft als nationaler und internationaler Akteur, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin 2013.

10 Vgl. dazu Günter Seufert: Der mächtige Herr Gülen, *Le Monde diplomatique*, Februar 2014.

Wahlerfolge der Regierung

Die Kommunalwahlen am 30. März, bei denen es ausschließlich um den Machtkampf auf nationaler Ebene ging, wurden zum ersten Kräftemessen, das die Regierungspartei mit 43,4% der abgegebenen Stimmen klar für sich entscheiden konnte.¹¹ Auch in der zweiten Runde, den Staatspräsidentenwahlen vom 10. August 2014, hatte die Opposition keine Chance gegen den Kandidaten der Regierungspartei, den Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdogan, der in der ersten Runde 51,8% der Stimmen erhielt.¹² Schon während der Proteste um den Gezi-Park im Sommer 2013 hatte Erdogan Kritik an seiner Regierung mit dem Angriff auf die gesamte Nation gleichgesetzt. Die hohen Wahlergebnisse verstärkten bei Erdogan die Tendenz, die sunnitisch-muslimische Wählerschaft der AKP als die Nation an sich zu betrachten, die Partei als einzig legitime Repräsentantin dieser Nation zu verstehen und sich selbst zur Verkörperung des nationalen Willens zu erklären. Nur aus dieser Perspektive wird verständlich, dass Erdogan sich selbst als Führer des „Zweiten Unabhängigkeitskriegs“¹³ der Türkei stilisierte und seinen Konkurrenten im Rennen um das Staatspräsidentenamt als einen Mann bezeichnete, „hinter dem alle Feinde der Nation“ stehen.¹⁴

Doch Erdogan ist weit davon entfernt, der Vertreter der gesamten Nation zu sein. Die AKP wird das von ihrem neuen Vorsitzenden, Ministerpräsident Ahmet Davutoglu, vorgegebene Ziel, bei den Parlamentswahlen im Juni 2015 eine Zwei-Drei-Mehrheit zu erlangen, nicht erreichen. Die Partei hat die Grenze ihres Wachstums erreicht, ja überschritten. Die Gesamtzahl ihrer Stimmen bei den Kommunalwahlen lag mit 19,4 Millionen um eine Million unter der Zahl der Stimmen, die sie bei den Parlamentswahlen 2011 erhalten hatte.¹⁵ Zwar stieg diese Zahl bei den Staatspräsidentenwahlen auf 21 Millionen, doch nur deshalb, weil erstens, Erdogan die Stimmen der Wähler einiger kleiner islamistischer und türkisch-nationalistischer Parteien erhalten hatte, die nicht mit eigenen Kandidaten angetreten waren, und zweitens sich ein Teil der MHP-Wähler nicht mit dem Kandidaten anfreunden konnten, den ihre Partei zusammen mit der CHP ins Rennen geschickt hatte. Doch nicht nur aus diesem Grund werden die Stimmen der AKP bei den Parlamentswahlen absinken.

... aber Schwächung ihrer gesellschaftlichen Legitimation

Obwohl die führenden Kader der AKP vor Gründung der Partei in der islamistischen und später verbotenen Wohlfahrtspartei (RP) tätig gewesen waren, hat sich die AKP stets als konservativ-demokratische Partei der rechten Mitte definiert und Erdogan hat wiederholt seiner islamistischen Vergangenheit abgeschworen. Tatsächlich verdankte die Partei ihr Wachstum der Fähigkeit, Politiker der rechten Mitte, Nationalisten, aber auch Sozialdemo-

11 Vgl. dazu Yasar Aydin: Türkei: Kommunalwahlen als Referendum für Erdogan. Trotz des Wahlsiegs sitzt der türkische Premier nicht so fest im Sattel, SWP-Aktuell 24, Berlin 2014.

12 Vgl. dazu Günter Seufert: Erdogans „Neue Türkei“. Die Restauration des autoritären Staates im Namen der Demokratie, SWP-Aktuell 60, Berlin 2014.

13 Nachrichtenwebsite Medyagundem vom 21.12.2013, Zugriff 10.10.2014, <http://www.medyagundem.com/ve-erdogan-2-kurtulus-savasini-samsundan-baslatti/>.

14 Sabah Online, <http://www.sabah.com.tr/Gundem/2014/08/09/turkiye-hasimlari-ekmelin-arkasinda>.

15 Vgl. Soner Cagaptay: Revealing Trends in Turkey's Presidential Election, Research Notes 23, The Washington Institute, Washington 2014.

kraten und Kurden zu integrieren. Heute jedoch gewinnen eine islamistische Rhetorik und eine auf die Stärkung islamischer Moralität gerichtete Politik erneut an Bedeutung. Nach seiner Wahl zum Parteivorsitzenden definierte Davutoglu die AKP erstmals als Kaderbewegung zur Restauration des Staates¹⁶ und fordert die Einhegung bürgerlicher Freiheiten in eine konservativ-islamischen Moral.¹⁷ Solche Positionen wurden in der Vergangenheit von höchstens einem Drittel der türkischen Bevölkerung vertreten und Absatzbewegungen erscheinen unvermeidlich. Die Partei steht außerdem einer Anzahl praktischer Herausforderungen gegenüber: Wer soll beim Wahlkampf Erdogan als Zugmaschine ersetzen? Wie groß werden die Reibungsverluste zwischen einem regierungsgewohnten Erdogan als Staatspräsidenten und dem von ihm eingesetzten Ministerpräsidenten Davutoglu sein? Ungeachtet der hohen Wahlergebnisse ist das Image Erdogans schwer angeschlagen. Umfragen zufolge sind 71% der Bevölkerung der Meinung, die Korruptionsvorwürfe seien begründet. 60% unterstellen der Regierung, die Vorgänge nicht aufzuklären, sondern zu vertuschen, 58% werfen der Regierung vor, die Aufklärung zu verhindern und 91% sagen, sie würden die AKP nicht mehr wählen, sollte diese nichts gegen die Korruption unternehmen.¹⁸ Die Wähler der AKP haben Erdogan ihre Stimme nicht gegeben, weil sie an seine oder die Unschuld seiner Minister glaubten, sondern weil sie der Opposition nicht zutrauten, das Land zu führen.¹⁹

Ausbau des autoritären Staates

Gerade so als sei ihr bewusst, auf welch dünnem Eis der politischen Unterstützung sie steht, baut die Regierung den autoritären Staat aus. Direkt nach Einsetzen der Korruptionsermittlungen intervenierte die Regierung in die Geschäfte des nach dem Gesetz unabhängigen Hohen Rats der Richter und Staatsanwälte (HSYK) und erreichte die Versetzung jener Staatsanwälte und Richter, die die Verfahren eingeleitet hatten. Ermittlungen von Staatsanwälten gegen Regierungsmitglieder wurden an die Erlaubnis von der Regierung direkt installierter Oberstaatsanwälte gebunden. Eine eilig zusammengezwimmerte Justizreform stellte sicher, dass erst- und zweitinstanzliche Entscheidungen über Festnahmen und Verhaftungen künftig von regierungsnahen Richtern gefällt werden.²⁰ Die Regierung scheut sich nicht, bei der anstehenden Neuwahl des HSYK offen für die ihr nahestehende Kandidatenliste Partei zu ergreifen.²¹ Der Nationale Geheimdienst (MIT) erhielt eine 40%-ige Erhöhung seines Budgets,²² und seine technischen Möglichkeiten sowie seine Freiheit zu von der Justiz nicht kontrollierter Ausspähung der Bevölkerung durch die Kontrolle des Internets und das Abhören von Telefongesprächen wurden kräftig ausgeweitet.²³

16 Nachrichtenwebsite Radikal vom 21.8.2014, http://www.radikal.com.tr/politika/davutoglu_restorasyon_kesintiye_ugramadan_devam_edecek-1208247

17 Nachrichtenwebsite Bianet, <http://bianet.org/bianet/siyaset/158135-davutoglu-ozgurluklere-ahlaki-formasyon> vom 27.8.2014.

18 Tageszeitung Hürriyet Online vom 30.1.2014. <http://www.hurriyet.com.tr/yazarlar/25695316.asp>.

19 Vgl. dazu auch Aydin a.a.O.

20 Hürriyet online vom 26.7.2014, http://sosyal.hurriyet.com.tr/yazar/taha-akyol_329/paralel-yargi_26890311 und Tageszeitung Zaman Online vom 27.8.2014, http://www.zaman.com.tr/gundem_sulh-ceza-hakimliklerinin-istiklal-mahkemeleri-ve-yasiadadan-farki-yok_2240705.html.

21 Radikal Online vom 27.8.2014, http://www.radikal.com.tr/politika/davutoglunun_merhaba_konusmasi-1209336.

22 Radikal Online vom 10.11.2013, http://www.radikal.com.tr/turkiye/mitin_butcesi_yuzde_40_artti-1159978.

Das Verhältnis zur Europäischen Union

In scharfem Gegensatz zur politischen Rhetorik der neuen Regierung, zu ihrer Außenpolitik und zum Ausbau des autoritären Staates im Inneren bekräftigt sie im Regierungsprogramm die Absicht, Mitglied der Europäischen Union zu werden. Dies sei ein strategisches Ziel, das idealerweise 2023, zum 100. Jahrestag der Republik, erreicht werden solle.²⁴ Die Ernennung des ehemaligen Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung des Europarats und kurzfristigen Europaministers, Mevlüt Cavusoglu, zum Außenminister und die Betrauung des bisherigen Vertreters der Türkei bei der EU in Brüssel, Volkan Bozkir, zum Europaminister scheinen diese Orientierung auf die EU zu bestätigen. Leider verfügen weder Cavusoglu noch Bozkir über nennenswerten Rückhalt in der Partei, und es ist unwahrscheinlich, dass sie der Europapolitik der Türkei neuen Schwung verleihen können.

Die EU befindet sich deshalb in einem Dilemma. Einerseits ist es mehr als fraglich, ob die Türkei nach wie vor die politischen Kriterien von Kopenhagen erfüllt, die als Voraussetzung für den Beginn (und für die Fortführung) der Beitrittsverhandlungen bestimmt worden sind. Andererseits zeigen die Krisen in Syrien und im Irak erneut, wie zentral die Rolle der Türkei im Nahen Osten für Europa ist. Die EU muss eine Türkeistrategie entwickeln, die diesen Umständen Rechnung trägt. Mit der Verwaltung des Status quo ist es nicht länger getan.

Weiterführende Literatur

Yasar Aydin: Die neue türkische Diasporapolitik. Ihre Ziele, ihre Grenzen und ihre Herausforderungen für die türkeistämmigen Verbände und die Entscheidungsträger in Deutschland, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin 2014.

Yasar Aydin: Türkei: Kommunalwahlen als Referendum für Erdogan. Trotz des Wahlsiegs sitzt der türkische Premier nicht so fest im Sattel, SWP-Aktuell 24, Berlin 2014.

Soner Cagaptay: Revealing Trends in Turkey's Presidential Election, Research Notes 23, The Washington Institute, Washington 2014.

Pinar Elman: Split three Ways on Ukraine. Turkey in a changing regional Order, Strategic File 10, PISM, Warszawa 2014.

Kemal Kirisci: Syrian Refugees and Turkey's Challenges. Going beyond Hospitality, Brookings, Washington 2014.

Günter Seufert: Erdogans „Neue Türkei“. Die Restauration des autoritären Staates im Namen der Demokratie, SWP-Aktuell 60, Berlin 2014.

Günter Seufert: Überdehnt sich die Bewegung von Fethullah Gülen? Eine türkische Religionsgemeinde als nationaler und internationaler Akteur, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin 2013.

Emma Sinclair-Webb: Turkey's Human Rights Rollback. Recommendations for Reform, Human Rights Watch, Washington 2014.

23 Nachrichtenwebsite Haberiniz vom 8.3.2011, http://www.haberiniz.com.tr/yazilar/haber25749-Askerin_Kulagi_MITe_Devrediliyor.html.

24 Regierungsprogramm von 1.9.2014, <http://www.memurlar.net/haber/481857/>.